«kratie», sagt sie. «Was die Diplomaten ausgehandelt haben, ist fantastisch», findet er. Bild: Kenneth Nars

letztlich wählt das Volk. Wenn man die Kräfte mit «Grün» im Namen bündelt, dann kommen sie auf einen Wähleranteil, der einen Sitz in der Regierung ohne weiteres rechtfertigt. Die Grünen-Vertretung in der Regierung in den vergangenen acht Jahren hat sich bewährt. Ich trete ohne schlechtes Gewissen an.

Eine repräsentative Umfrage sieht Sie auf dem letzten Platz der acht Regierungskandidierenden.
Urech: Das fuchst mich etwas. Die Umfrage hat aber auch gezeigt: Ich bin jener Kandidat, der am meisten zusätzliche Stimmen über die eigene Partei hinaus holt. Als Gemeindepräsident von Dornach habe ich unter Beweis gestellt, dass ich Majorzwahlen gewinnen kann. Laut der Umfrage liege ich zudem nur unwesentlich unter dem Ergebnis meiner Parteikollegin Brigit Wyss im ersten Wahlgang 2017. Da ist noch nichts gelaufen, im zweiten Wahlgang ist vieles möglich.

Sibylle Jeker, laut Umfrage sind Sie unter den ersten fünf. Ihre Chance, als erste SVP-lerin in die Solothurner Regierung einzuziehen, sind gross. Sie haben das wohl erfreut zur Kenntnis genommen.
Jeker: Die Umfrage bestätigt, dass unsere Strategie aufgehen könnte. Wir müssen im ersten Wahlgang richtig gut abschneiden, im zweiten könnte es dann je nach Konstellation schwieriger werden. Anspruch auf einen Sitz hat meines Erachtens keine Partei – sonst müssten wir von der SVP ja längst einen haben. Es sind Persönlichkeitswahlen.

Frei werden durch die Rücktritte von Remo Ankli und Brigit Wyss das Bildungs- und Kulturdepartement sowie das Volkswirtschaftsdepartement. Die wiederantretenden Bisherigen zeigen keine Wechselgelüste. Welches Departement wäre Ihnen bei einer Wahl lieber?
Urech: Die Bildung ist seit den späten 90er-Jahren in den Händen der Schwarzbuben. Ich würde diese Tradition gerne weiterführen (lacht). Spass beiseite: Ich würde mich in beiden Departementen sehr wohlfühlen. Ich bin kulturaffin und sehe die Bildung als eine der wichtigsten Staatsaufgaben. Auf der anderen Seite sind im Volkswirtschaftsdepartement interessante Aufgaben zusammengefasst, darunter das Verhältnis zu den Gemeinden.
Jeker: Ich könnte mit beiden Departementen gut leben. Als Mitglied der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission beschäftige ich mich intensiv mit Themen wie der Standortförderung oder dem Energiegesetz, das wir neu ausarbeiten müssen. Als Mutter zweier Kinder, die nun ein Gymnasium und eine Berufslehre absolvieren, würde ich mich ebenfalls gerne in Bildungsfragen einbringen.

> «Der letzte Umfrageplatz fuchst mich etwas. Doch gelaufen ist noch nichts.»
>
> **Daniel Urech**
> Grünen-Regierungskandidat

Wo sehen Sie bei Bildung und Volkswirtschaft aus Schwarzbuben-Sicht den grössten Handlungsbedarf?
Urech: Bei der Bildung ist es zentral, dass wir die Durchlässigkeit mit unseren Nachbarkantonen erhalten und nach Möglichkeit ausbauen können. Ein Beispiel, wo diese nicht funktioniert: Die Wirtschaftsmittelschule WMS in Reinach dürfen Schüler aus dem Schwarzbubenland nicht besuchen. Dies mit der Begründung, dass es dieses Angebot im Rest des Kantons nicht gibt und somit eine Ungleichbehandlung unter den Schülern entstünde.
Jeker: Wir Schwarzbuben sind in der Bildung privilegiert. Das Angebot ist gerade für Gymnasiasten sehr breit. Sie können ihr Gymnasium in den Nachbarkantonen mehr oder weniger frei wählen, nehmen aber teilweise lange Wege auf sich. Meine Tochter macht die bilinguale Maturität in Porrentruy. Ich würde für eine generelle Öffnung nach dem Vorbild des Schwarzbubenlands plädieren: Dass Solothurner Schüler in Bereichen, wo wir keine eigene Schule haben, diese in Bern oder im Aargau besuchen können.

Und in der Wirtschaft?
Jeker: Die Standortförderung im Kanton funktioniert nicht so, wie sie sollte. Ich stelle mir eine Public-Private-Partnership vor. Wir müssen im Schwarzbubenland eine starke Stimme sein, um bei einer Privatisierung angemessen berücksichtigt zu werden.
Urech: Ich würde neue Anknüpfungspunkte zum Wirtschaftsraum Basel suchen und so die Standortförderung im Schwarzbubenland noch verbessern. Wir verfügen über eine hohe Standortgunst, aber teilweise sind die Anstrengungen ungenügend koordiniert.

Streit um Haus im Dorfkern

Das Spitzerhaus in Arlesheim soll durch einen höheren Neubau ersetzt werden. Das sorgt für Kritik.

Fabia Maieroni

Seit 2016 will der Architekt Gabriele Libera an der Hauptstrasse 32 in Arlesheim einen Neubau realisieren. Das Spitzerhaus, das schräg gegenüber dem Kantonalbank-Gebäude am Eingang des Ortskerns liegt, soll weg. Rasch formierte sich dagegen jedoch Widerstand. Die IG Dorf Arlese nannte das Projekt überdimensioniert und unpassend.

Libera will ein Haus mit drei Vollgeschossen und einem Dachaufbau realisieren. Das bestehende Gebäude weist hingegen nur zwei Vollgeschosse plus Dach auf. Zum Baugesuch wurden damals Einsprachen eingereicht. Inzwischen ist der neue «Teilzonenplan Siedlung Ortskern» erarbeitet; genau vor einem Jahr stimmte ihm der Souverän an einer denkwürdigen Gemeindeversammlung zu. Dem Entscheid ging ein Schlagabtausch zwischen der IG Fruschd und dem Gemeinderat voraus.

Im neuen Teilzonenreglement ist festgehalten, dass erhaltenswerte Bauten wie das Spitzerhaus in der Ortskernzone grundsätzlich erhalten werden sollen und sich – falls dies nicht sinnvoll ist – allfällige Neubauten an der Geschossigkeit des ursprünglichen Gebäudes orientieren müssen. Ein Neubau, wie ihn Libera plant, wäre damit nicht mehr möglich. Doch das neue Reglement ist noch nicht rechtsgültig, weil Stimmrechtsbeschwerden zur Gemeindeversammlung beim Kanton hängig sind. Es gilt nach wie vor der alte Quartierplan aus den 1970er-Jahren. Das Baugesuch muss nicht mehr öffentlich aufgelegt werden, dieses wurde bereits 2016 publiziert. Das aktuelle Projekt befinde sich in Prüfung beim Bauinspektorat.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann betont, dass sich der Bauherr an das geltende Recht halte. Dennoch: An dieser Ecke bilde das jetzige Haus zusammen mit den nebenstehenden Häusern ein Ensemble. «Für das Ortsbild ist ein so hoher Neubau an dieser Stelle nicht förderlich. Eine Mehrheit an der Gemeindeversammlung war jedenfalls dieser Meinung», findet Eigenmann.

Architekt: «Halte mich an alle Vorschriften»

Libera ist enttäuscht über die «wiederholten Verzögerungen» und die «mangelnde Bereitschaft, Kompromisse zu finden». «Ich halte mich an alle Vorschriften und erfülle sämtliche gesetzlichen Anforderungen, trotzdem verweigert mir die Baukommission die Bewilligung», sagt er. Befremdlich sei, dass in der Zwischenzeit zahlreiche Gebäude im Dorf umgebaut wurden – teils mit Änderungen, die ihm vom Kanton explizit untersagt wurden. «Es wirkt, als entscheide eine kleine Gruppe von Personen nach eigenem Ermessen, was und von wem in Arlesheim gebaut werden darf», findet er.

Eigenmann ist überzeugt: An der Gemeindeversammlung im Februar 2024 ist alles richtig gelaufen. Bis das neue Reglement rechtskräftig ist, dürfte Libera – sofern er die Bewilligung vom Kanton erhält – mit dem Bau begonnen haben. Der Architekt will das Projekt umgehend umsetzen. Der Gemeinderat behält sich vor, gegen eine Baubewilligung vorzugehen, betont Eigenmann.

ANZEIGE